

Flüchtlinge schützen und unterstützen – Rassismus bekämpfen!

Täglich erreichen uns Menschen, die vor Krieg und Elend flüchten und in Europa, in Deutschland und bei uns in Brandenburg Schutz suchen. Diese Schicksale lassen niemanden kalt. Die Bilder, in den Nachrichtensendungen und in den Zeitungen schnüren uns das Herz zusammen. Unzählige Ehrenamtliche haben sich in den vergangenen Monaten organisiert und eigeninitiativ dort geholfen, wo sie konnten. Auch viele Genossinnen und Genossen engagieren sich in Willkommensinitiativen und leisten Widerstand gegen den aufkeimenden Nationalismus und Rassismus.

Trotzdem erleben wir, wie Europa versucht, Geflüchtete davon abzuhalten, die rettende Sicherheit zu erreichen – durch immer stärkeres Abriegeln der Außengrenzen, durch Abschreckung und Abschottung, während Tausende im Mittelmeer und an den Außengrenzen Europas sterben. Auch innerhalb Europas werden die Grenzen immer schwerer passierbar. Verzweifelte Menschen versuchen, die Absperrungen zu überwinden und machen sich in ihrer Not zu Fuß auf den Weg. Die Versorgungslage insbesondere dieser Menschen ist desaströs. Doch statt sie gemeinsam als Europäische Union mit dem Nötigsten zu unterstützen und aus dieser katastrophalen Situation zu befreien, werden sie nicht nur ihrem eigenen Schicksal überlassen, sondern werden die europäischen Grenzen weiter verstärkt. Während sich in Europa tausende solch menschlicher Tragödien abspielen, streiten die Außenminister der EU-Länder über Aufnahmequoten. Ihnen fällt jedoch nichts ein, außer, die FluchthelferInnen zu bekämpfen und das Grenzregime zu verschärfen. Nach wie vor gibt es keinen Diskurs über eine Stärkung ziviler Konfliktbearbeitung, keinen über das Durchbrechen der Kriegslogik in der internationalen Außenpolitik und das Verbot von Waffenexporten. Auch ein Umdenken bei der Ausplünderung ganzer Länder und Regionen durch multinationale Konzerne gibt es nicht. Stattdessen wurden weitere Länder, von denen wir wissen, dass dort Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, als „sicher“ deklariert. Wir bleiben dabei: Kein Land wird sicher, weil es irgendjemand beschließt!

In Deutschland wird von der CDU/CSU eine Politik vorangetrieben, die ebenfalls auf Restriktion und Abschottung setzt. Gerade mussten wir die – durch CDU/CSU, SPD und Teile von Bündnis 90/Die Grünen getragene – härteste Asylrechtsverschärfung seit mehr als 20 Jahren erleben: weitere sogenannte sichere Herkunftsstaaten, schärfere Abschiebungsregelungen, längerer Aufenthalt in der Erstaufnahme, Ausweitung des Sachleistungsprinzips, Bildungs- und Arbeitsverbote für Geduldete sprechen die Sprache von Restriktion und Abschottung. Mit einer beispiellosen Kampagne gegen Flüchtlinge aus der Balkanregion wurden Ressentiments in der Bevölkerung geschürt.

Für uns Brandenburger LINKE stehen die Menschen im Mittelpunkt. Wir kämpfen politisch gegen weitere Einschränkungen des Asylrechts und die Einteilung in „gute“ und „schlechte“ Flüchtlinge. Deshalb war es richtig, dass das rot-rot-regierte Brandenburg auf Druck der LINKEN diesen Asylrechtsverschärfungen im Bundesrat die Zustimmung verweigert hat.

Wir wollen, dass die bei uns Schutzsuchenden gut aufgenommen, untergebracht, betreut und versorgt werden. Wir wollen, dass sie möglichst schnell die Chance bekommen, sich ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen.

Dabei haben wir schon einiges mit dem Koalitionspartner erreicht und verabredet:

- Erhöhung Kapazitäten in der Erstaufnahme
- Sicherstellung der gesundheitlichen Erstuntersuchung durch Verträge mit Krankenhäusern an allen Außenstellen der Erstaufnahme
- Nichtanwendung der bundesgesetzlich möglichen Ausweitung des Sachleistungsprinzips in der Erstaufnahme
- verstärkte Kommunikation und Transparenz der Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Landkreisen sowie kreisfreien Städten
- sozialer Wohnungsbau - Förderung im Umfang von gegenwärtig 70 Mio € plus 15 Mio € vom Bund
- Stopp der Abrissförderung in den Städten
- verstärkte Förderung von Willkommensinitiativen
- Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte

- Fortsetzung und Verbesserung des Landesaufnahmeprogramms für syrische Flüchtlinge
- finanzielle Mittel für die Kompetenzfeststellung bei jugendlichen Flüchtlingen
- Programm zur Fortbildung ehrenamtlicher FlüchtlingshelferInnen und Initiativen

Mit dem Entwurf des Landesaufnahmegesetzes, das in den kommenden Wochen im Landtag beraten wird, forcieren wir die verstärkte Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen, die Verbesserung der hauptamtlichen sozialpädagogischen Betreuung, Beratung und Verwaltungskoordination sowie die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung durch die Einführung der Gesundheitskarte.

Es geht uns darum, die Lebensbedingungen für alle Menschen in Brandenburg – die, die schon hier sind und die, die zu uns kommen – nachhaltig zu verbessern. Dazu werden wir mit dem Nachtragshaushalt einerseits Kosten für Flüchtlings- und Migrationspolitik und andererseits für die Bearbeitung davon unabhängig anstehender struktureller Probleme bei Bildung und Soziales, Polizei und Justiz zur Verfügung stellen.

Dennoch wissen wir, dass die Unterbringung und Integration der zu uns geflüchteten Menschen noch nicht unseren Ansprüchen gerecht wird. Wir arbeiten intensiv daran, dass Flüchtlinge schnellstmöglich nicht mehr in Zelten und Notunterkünften untergebracht werden müssen. Eine unserer zentralen Aufgaben ist es, die seit Wochen und Monaten aktiven HelferInnen zu entlasten und besser zu unterstützen.

In den kommenden Monaten werden unsere Schwerpunkte in der Flüchtlings- und Integrationspolitik darüber hinaus sein:

- Ausweitung der Sprachkurse durch Verabredungen mit der Bundesagentur für Arbeit
- Druck auf den Bund, genügend Plätze in Integrationskursen zur Verfügung zu stellen.
- Weitere Erhöhung der Erstaufnahme-Kapazitäten
- Entwicklung einer Anti-Gewalt und Anti-Diskriminierungs-Strategie, die allen Flüchtlingen Sicherheit geben soll, aber besonders Frauen und Kinder vor jeglichen gewalttätigen Übergriffen schützt
- Schaffung der inhaltlichen und personellen Voraussetzungen, um Flüchtlingskinder noch wirksamer in das Bildungssystem integrieren zu können
- Landesgesetzliche Ausgestaltung der neuen bundesgesetzlichen Regelungen zu unbegleiteten minderjährige Flüchtlingen mit den Schwerpunkten landeseinheitlicher Regelungen bei den Clearingverfahren, Verbesserung der Personalausstattung bei den Jugendämtern, Stärkung der Vereins- und Einzelvormundschaften, Aufbau geeigneter Plätze in der Jugendhilfe und Gewinnung von Pflegefamilien
- Verfahrensrechtliche Erleichterungen und Beschleunigungen in der Bauordnung und dem Bauplanungs- und Vergaberecht ohne Abschwächung von sozialen und ökologische Standards
- Verbesserung bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und beim Zugang zu Ausbildung und Hochschulbildung für geflüchtete Menschen
- Kooperationsnetzwerk mit den Akteuren der Arbeitsmarktintegration zur Unterstützung integrationswilliger Unternehmen und Bildungsträger und Abbau bürokratischer Hürden bei der Berufsausbildungs- und Arbeitsaufnahme
- Aufbau eines Pools von Sprachmittlern
- Verbesserung der politischen Teilhabe von MigrantInnen und der migrantischen Selbstorganisation unter anderem durch die Bereitstellung von Räumen
- Stärkung der kulturellen Kompetenz aller Bereiche der Verwaltung
- Weiterentwicklung einer Unterstützungsstruktur für HelferInnen

Darüber hinaus gibt es für DIE LINKE weitere Herausforderungen in der aktuellen Situation: Wir beobachten derzeit mehrere gesellschaftliche Gruppen, die sich völlig unterschiedlich zu Flüchtlingen positionieren. Entsprechend differenziert muss unsere Antwort als LINKE sein.

Da sind diejenigen, die schon immer fanden, dass Deutschland vor „Überfremdung“ geschützt werden muss, die rassistisch und fremdenfeindlich sind und die sich jetzt – auch durch AfD, Pegida & Co – wieder

„trauen“, das auch laut zu sagen und gegen alle, die vermeintlich fremd sind, Vorurteile zu schüren und zu hetzen. Sie schrecken inzwischen nicht mehr davor zurück, Flüchtlingsunterkünfte anzugreifen und abzubrennen, wie wir es bspw. in Nauen erleben mussten. Unsere Aufgabe als LINKE ist, sie aufzuhalten. Wenn sie hetzen und demonstrieren, müssen wir hörbar widersprechen. Wir stellen uns ihnen entgegen, mit aller Kraft!

In Brandenburg ist es gute Tradition, dass die demokratischen Parteien gemeinsam daran arbeiten, die Zivilgesellschaft zu stärken und rechtsradikalen und neofaschistischen Entwicklungen entgegen zu treten. Das Bündnis Tolerantes Brandenburg ist bereites Zeugnis dafür. Gerade in der aktuellen Situation, wo Pegida, AfD und Co Hass und Hetze gegen Geflüchtete verbreiten und gesellschaftsfähig machen wollen, brauchen wir diesen demokratischen Konsens. Als LINKE werden wir dafür eintreten, diesen Weg weiter zu gehen.

Und dann sind da diejenigen, die Vorbehalte und Ängste haben. Die anfällig sind für Ressentiments und Falschinformationen die Sorge um ihre Zukunftsperspektiven haben. Die befürchten, ihnen könnte etwas weggenommen werden. Um sie lohnt es zu kämpfen. Unsere Aufgabe als LINKE ist es, aufzuklären, Ängste zu nehmen und Begegnungsräume zu organisieren. Mit wem man mal einen Kaffee getrunken hat, den findet man nicht mehr so bedrohlich und wem man regelmäßig im Sportverein über den Weg läuft, der gehört irgendwann „zu uns“.

Und es gibt diejenigen, die Geflüchtete unterstützen. Die aus tiefer Humanität, aus Nächstenliebe, aus Erfahrungen im eigenen Leben oder im Lebensumfeld oder auch aus religiöser oder politischer Überzeugung, Flüchtlingen helfen und sie beschützen. Die sich Nazis in den Weg stellen und damit nicht selten selbst ins Visier von Hass und Gewalt geraten. Unsere Aufgabe als LINKE ist es, ihnen jede Unterstützung zu geben, die wir können. Verlässliche Ansprechpartnerin bei Problemen, Unterstützerin in der praktischen Arbeit und Verteidigerin gegen Angriffe auf sie müssen wir sein.

Diejenigen, die bei uns Zuflucht suchen vor Krieg und Verfolgung, Elend und Hunger, diejenigen, die als vermeintlich Fremde unter uns leben, ob nun seit Kurzem oder schon lange Zeit – ihnen wollen wir als LINKE verlässliche Ansprechpartnerin, Helferin im täglichen Leben, Unterstützerin in allen Lebenslagen, Verteidigerin ihrer Interessen und Beschützerin, wenn es nötig ist, sein. Wir müssen dafür sorgen, dass ihre Stimmen gehört und ihre Interessen artikuliert werden. Kurz: DIE LINKE steht an der Seite der Schwachen!

Der Landesparteitag dankt den tausenden ehrenamtlichen HelferInnen in unserem Land, die sich mit Flüchtlingen solidarisch zeigen und vor Ort wichtige Integrationsarbeit leisten.

Der Landesparteitag bittet alle Genossinnen und Genossen, sich auch weiterhin an Aktivitäten gegen Nazis und der Flüchtlingsarbeit vor Ort zu beteiligen. Er dankt allen Spenderinnen und Spendern und bittet den Landesvorstand, mit den Einnahmen aus der Spendenkampagne vor allem zu unterstützen:

- Aktionen gegen Naziaufmärsche und -kundgebungen
- Aktionen, die auf Toleranz und Weltoffenheit und die Integration von zu uns Geflüchteten ausgerichtet sind
- die Flüchtlingsarbeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten und
- die migrantische Selbstorganisation.

Der Landesparteitag unterstützt die Aktivitäten von Landesvorstand und Landtagsfraktion hinsichtlich des Netzwerks Willkommenskultur und des Newsletters zur Willkommenskultur. Er erwartet, dass diese Initiative fortgeführt wird. Dazu gehört auch die Vermittlung von Wissen und Hintergründen zu den Fluchtursachen, unter anderem durch Bildungsangebote.

Viel zu tun für DIE LINKE hier im Land, in dieser Zeit. Und doch ist dies eine Auseinandersetzung, die wir führen müssen. An der Bewältigung dieser Aufgaben misst sich letztlich die Gesellschaft, dieses Landes. Denn - wie eine Gesellschaft mit den Schwächsten umgeht, sagt viel darüber aus, wohin sie sich entwickelt. Sensibilität, Humanität, Empathie und Solidarität – das sind Werte, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Für diesen Kampf brauchen wir jede und jeden! Deshalb bittet der Landesparteitag alle Genossinnen und Genossen, sich einzubringen und Hilfe zu leisten, wo immer möglich, mit Nachbarinnen und Nachbarn, mit

Freundinnen und Freunden zu reden, Gesicht zu zeigen gegen Rassismus und Intoleranz, sich Nazis entgegen zu stellen und die lokalen Initiativen mit Sachspenden und durch Mitarbeit zu unterstützen. Und vor allem: Lasst uns gemeinsam die zu uns Geflüchteten schützen! Niemand darf in diesem Land in Angst leben!